

Migrationsberatung ächzt unter Ansturm

Caritas fordert stärkere Förderung durch Bund

Von unserer Mitarbeiterin
Christiane Krause-Dimmock

Rastatt. Die Beratungsstellen der Caritas schlagen Alarm. Trotz wachsendem Flüchtlingsstroms, der Europa überlaufen hat, sind die Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und den Jugendmigrationsdienst (JMD) nicht aufgestockt worden. Vielmehr sei zu befürchten, dass sich aufgrund von Mittelumschichtungen die Situation weiterhin anspannen könnte. Grund genug, um sich an die SPD-Bundestagsabgeordnete Katzmarek zu wenden.

Die nahm sich jetzt die Zeit, um mit den zuständigen Mitarbeitern des Landkreises Rastatt beziehungsweise des Stadtkreises Baden-Baden ein ausführliches Gespräch zu führen. Das sei sehr aufschlussreich und wichtig gewesen, regte sie am Ende an, Infogespräche dieser Art regelmäßig stattfinden zu lassen. Nun, nachdem die Haushaltsberatungen begonnen hätten, sicherte sie zu, dass sie sich mit diesem Themenkomplex nochmals genauer befassen werde. Zugleich aber unterstrich sie, dass das Gelingen der Integration von Flüchtlingen nicht nur Bundessache sei. Ein friedliches und erfolgreiches Miteinander zu erreichen, das sei gleichermaßen auch Sache der Länder und der Kommunen.

Dass es hier und da einer besseren Koordination der Mittel und einer besseren Abstimmung bedürfe, räumte sie ein. Der Fokus habe offenbar woanders gelegen und die Regierung sei getrieben worden, bestätigte sie die Zusammenfassung von Bereichsleiter Migration, Peter Rettig, der darauf hinwies, dass vieles parallel und unkoordiniert laufe. Rund 500 Personen werden gegenwärtig in seinem Ressort beim JMD von zwei Mitarbeitern betreut. Eine personelle Struktur, die in dieser Weise schon vorhanden war, bevor der große Ansturm

von Flüchtlingen einsetzte. Die aber kommen längst nicht nur aus Kriegsgebieten, betonte Frank Herzberger von der Caritas Baden-Baden. Häufig werde vergessen, dass auch EU-Bürger nach Deutschland drängen. „Wir helfen beim Ankommen in Deutschland und bei der Integration. Wir unterstützen bei der Suche nach einem passenden Sprachkurs oder einer geeigneten Schule, der Wohnungssuche, bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und weiteren Anliegen der Menschen“, machte Rettig deutlich, wie breit die erbrachten Beratungen angelegt sind.

„Ein weiterer Arbeitsbereich ist die Netzwerkarbeit im Landkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden sowie das Organisieren verschiedener pädagogischer Gruppenangebote, welche den Integrationsprozess der jungen Menschen unterstützen und beschleunigen soll.“

Damit dies alles auch weiterhin gewährleistet werden könne, bedürfe es einer verstärkten Förderung durch den Bund.

Auf diesen Missstand machte nicht nur die Caritas Baden-Baden und Rastatt aufmerksam. Vielmehr stand eine landesweite Aktion des Verbandes dahinter, mit welcher auf die unzureichende Finanzierung der Integration aufmerksam gemacht werden sollte. So habe das Bundesamt 2016 für die Migrationsberatung in Deutschland 44,7 Millionen Euro bereitgestellt. Die Wohlfahrtsverbände erhöhten diese Summe aus Eigenmitteln um sieben Millionen Euro. Erforderlich sei aus der Sicht der Caritas allerdings eine Erhöhung um 38 Prozent, was rund 17 Millionen Euro entspricht. Angesichts der Zuwandererentwicklung, sei dies dringend erforderlich, verweist die Caritas auf rund 2,14 Millionen Menschen, die 2015 nach Deutschland kamen, was mehr als doppelt so viele waren wie 2014. Diese Zuwanderer kamen zu 45 Prozent aus dem EU-Raum.

■ Kommentar

Bessere Koordination und Abstimmung gefordert
